

Leseprobe aus:

Horst Pötzsch / Winfrid Halder

## Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart

Die Entwicklung der beiden deutschen Staaten  
und das vereinte Deutschland



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf [www.lau-verlag.de](http://www.lau-verlag.de)



Horst Pötzsch | Winfrid Halder

# DEUTSCHE GESCHICHTE

## von 1945 bis zur Gegenwart

Die Entwicklung der beiden deutschen Staaten  
und das vereinte Deutschland



**Bibliografische Information  
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese  
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

---

**Für Quirin**

---

**4. aktualisierte und erweiterte Auflage 2015**

**ISBN 978-3-95768-125-6**

**© 2015 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek/München**

**Internet: <http://www.lau-verlag.de>**

**Bildnachweis:**

Bundeszentrale für politische Bildung, S. 30/31; Bundesbildstelle Berlin, S. 130;  
Landesbildstelle Berlin, S. 80; dpa picture alliance, Frankfurt, S. 356, 377;  
alle anderen: ullsteinbild, Berlin

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung  
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert  
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,  
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: Atelier Versen, Bad Aibling  
Satz: EDV-Fotosatz Huber/Verlagsservice G. Pfeifer, Germering

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	17
<b>Besatzungszeit</b>	
<b>1945–1949</b> .....	<b>19</b>
8. Mai 1945 .....	20
Kapitulation .....	20
Alliierte Deutschlandpläne .....	21
Kriegskonferenzen .....	21
Einheit oder Zerstückelung Deutschlands? .....	22
Potsdamer Konferenz .....	23
Deutsche Ostgrenze und Reparationen .....	25
Besatzungspolitik im Vierzonen-Deutschland .....	26
Kontrollrat .....	26
Vier Besatzungszonen .....	28
Besatzungsmächte und Bevölkerung .....	32
Leben in Ruinen .....	32
Hunger .....	33
Schwarzmarkt .....	34
Flucht und Vertreibung .....	34
Verschleppte, Heimatlose .....	36
Entnazifizierung .....	39
Materielle Wiedergutmachungsleistungen (Reparationen) .....	43
Politischer und wirtschaftlicher Neubeginn .....	46
Anfänge des politischen Lebens .....	46
Amerikanische Zone .....	46
Britische Zone .....	47
Französische Zone .....	47
Saarland .....	48
Sowjetische Zone .....	48
Berlin .....	48
Partei Gründungen .....	48
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) .....	49
Christlich Demokratische Union (CDU) .....	51
Christlich-Soziale Union (CSU) .....	53

Freie Demokratische Partei (FDP) . . . . .	53
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) . . . . .	54
Kleinere Parteien . . . . .	55
Bizone . . . . .	55
Marshallplan . . . . .	57
„Antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ in der Sowjetischen Besatzungszone . . . . .	59
Von der KPD zur SED . . . . .	60
Bürgerliche Parteien . . . . .	63
Massenorganisationen . . . . .	64
Gemeinde- und Landtagswahlen . . . . .	65
Umstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft . . . . .	66
Entnazifizierung . . . . .	67
Bodenreform . . . . .	69
Verstaatlichung der Industrie . . . . .	69
Teilung Deutschlands . . . . .	71
Kalter Krieg . . . . .	72
Münchener Ministerpräsidentenkonferenz . . . . .	73
Währungsreform . . . . .	74
Spaltung Berlins . . . . .	77
Blockade und Luftbrücke . . . . .	78
Transformation des Parteiensystems in der SBZ . . . . .	81
SED – Partei neuen Typus . . . . .	81
CDU und LDP unter Druck . . . . .	82
Gründung der NDPD und der DBD. . . . .	82
Auf dem Wege zum Weststaat . . . . .	83
Londoner Empfehlungen . . . . .	83
Ministerpräsidenten: Provisorium . . . . .	83
Parlamentarischer Rat . . . . .	84
Grundgesetz . . . . .	86
Gründung der DDR . . . . .	89
Volkskongressbewegung . . . . .	89
Verfassung . . . . .	92
Vom Volksrat zur Volkskammer . . . . .	93

**Gründerjahre**

<b>1949–1955</b> .....	<b>95</b>
Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland .....	96
Bundestagswahl 1949 .....	96
Beginn einer Ära: Erste Kanzlerwahl und Regierungsbildung .....	96
Wahl des ersten Bundespräsidenten .....	97
Außen- und deutschlandpolitische Weichenstellungen .....	98
Besatzungsstatut .....	98
Westintegration oder Wiedervereinigung? .....	99
Petersberg-Abkommen .....	101
Schumanplan/Montanunion .....	101
Streit um den Wehrbeitrag .....	102
Adenauers Sicherheitsmemorandum .....	104
Heftige Kontroverse .....	105
EVG-Vertrag und Deutschlandvertrag .....	106
Die Sowjetnote vom 10. März 1952 .....	107
Angebot oder Störmanöver? .....	108
Keine verpasste Chance .....	108
Bundestagswahl 1953 .....	109
Pariser Verträge .....	111
Wirtschaft und Soziales .....	113
Soziale Marktwirtschaft .....	113
„Wirtschaftswunder“ .....	114
Kriegsfolgelasten .....	117
Kriegsopferversorgung .....	117
131er-Gesetz .....	118
Lastenausgleich .....	118
Wiedergutmachung .....	120
Wiederbegründung der Gewerkschaften .....	121
Montanmitbestimmung .....	122
Betriebsverfassungsgesetz .....	123
Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik .....	123
Regierungsbildung und Volkskammerwahlen .....	123
Nationale Front .....	126
Stalinisierung .....	126
Blockparteien .....	127

Stalinkult .....	128
„Säuberungen“ in der SED .....	128
Politische Justiz .....	129
Sozialistische Wirtschaft .....	130
Wirtschaftssystem nach sowjetischem Muster .....	130
Erster Fünfjahrplan .....	132
Vorrang der Schwerindustrie .....	132
Erzwungener Konsumverzicht .....	134
Aufbau des Sozialismus .....	135
„Verschärfung des Klassenkampfes“ .....	136
Auflösung der Länder .....	136
Kirchenkampf .....	137
Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften .....	139
17. Juni 1953 .....	139
Stalins Tod .....	140
Neuer Kurs .....	141
Der Aufstand .....	141
Arbeiteraufstand oder Volksaufstand? .....	144
Der Westen am 17. Juni .....	144
Die Folgen .....	145
Außenbeziehungen .....	146
Sowjetische Kontrolle .....	146
Souveränität .....	146
Ostintegration .....	147
Deutschlandpolitik .....	148
Sowjetunion: Zwei Staaten in Deutschland .....	149

## **Konsolidierung und Krisen**

<b>1955–1969/1971 .....</b>	<b>151</b>
Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik .....	152
Wendepunkt der Deutschlandpolitik .....	152
Adenauers Moskaureise .....	152
Hallstein-Doktrin .....	153
Berlin-Krisen .....	155
„Österreich-Lösung“ für die DDR? .....	157
Europa und Westpolitik .....	158
Römische Verträge: EWG und Euratom .....	158



---

Deutsch-französisches Verhältnis .....	161
Innenpolitische Entwicklungen .....	165
Bundestagswahl 1957 .....	165
SPD: Godesberger Programm .....	166
Staatsbürger in Uniform .....	168
„Kampf dem Atomtod“ .....	170
Ausklang der Ära Adenauer .....	171
„Präsidentschaftskrise“ .....	172
Bundestagswahl 1961 .....	173
<i>Spiegel</i> -Affäre .....	173
Kanzlerdemokratie .....	175
Wirtschaftsboom und Ausbau des Sozialstaates .....	176
Anhaltende Hochkonjunktur .....	176
Rentenreform von 1957 .....	176
Regierung Erhard 1963–1966 .....	178
„Volkskanzler“ .....	178
Bundestagswahl 1965 .....	180
Rezession .....	182
Kanzlersturz .....	183
Große Koalition 1966–1969 .....	183
Motive von CDU/CSU .....	183
Motive der SPD .....	184
Regierung Kiesinger/Brandt (1966–1969) .....	185
Überwindung der Krise .....	185
Kein Mehrheitswahlrecht .....	186
Notstandsgesetzgebung .....	187
Vehementer Protest .....	187
Außerparlamentarische Opposition .....	188
Generationskonflikt .....	188
Ideologische Grundlagen .....	189
Attentat auf Rudi Dutschke .....	190
Außen- und Deutschlandpolitik .....	191
Vorrang der Ostpolitik .....	191
Moskaus Bedingungen .....	191
Weichenstellungen für den Machtwechsel .....	193
Wahl des Bundespräsidenten .....	193
Bundestagswahl 1969 .....	193
DDR: Ausbau des sozialistischen Systems .....	194
Ausschaltung der innerparteilichen Opposition .....	194

Wirtschaftliche Fortschritte: Einholen und Überholen . . . . .	195
Vollendung der sozialistischen Produktions- verhältnisse . . . . .	196
Zwangskollektivierung . . . . .	197
„Die Mauer“: Der Weg zur „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ . . . . .	198
Massenflucht . . . . .	198
Absperrung der Sektoren-Grenze in Berlin . . . . .	199
Stabilisierung der DDR . . . . .	203
Wirtschaftsreform: NÖSPL . . . . .	204
Rückkehr zur zentralen Steuerung . . . . .	205
Festigung des Herrschaftssystems . . . . .	205
Parteiprogramm der SED . . . . .	205
Verfassung von 1968 . . . . .	205
Allgemeine Wehrpflicht . . . . .	206
Neues Strafgesetzbuch . . . . .	206
Ulbrichts „Sozialistische Menschengemeinschaft“ . . . . .	207
Außenbeziehungen . . . . .	207
Ende der Ära Ulbricht . . . . .	209

## **Machtwechsel: sozialliberale Koalition**

**1969–1982**

<b>Ära Honecker seit 1971 . . . . .</b>	<b>211</b>
Regierung Brandt/Scheel . . . . .	212
Hochgespannte Erwartungen . . . . .	212
Programm innerer Reformen . . . . .	212
Neue Ostpolitik . . . . .	213
Moskauer Vertrag . . . . .	213
Warschauer Vertrag . . . . .	214
Vier-Mächte-Abkommen über Berlin . . . . .	216
Kontroverse um die Ostverträge . . . . .	216
Ratifizierung der Ostverträge . . . . .	217
Prager Vertrag . . . . .	218
Deutsch-deutsche Beziehungen . . . . .	218
Treffen in Erfurt und Kassel . . . . .	219
Verkehrsvertrag . . . . .	219
Grundlagenvertrag . . . . .	219

---

Gescheitertes Misstrauensvotum und Bundestagswahl 1972 . . . . .	221
Bilanz der inneren Reformen . . . . .	223
Rücktritt Willy Brandts . . . . .	224
Regierung Schmidt/Genscher . . . . .	226
Krisenmanagement . . . . .	227
Ende der Hochkonjunktur . . . . .	227
Ölschock und Rezession . . . . .	227
Strukturkrise . . . . .	228
Zweite Ölpreiserhöhung . . . . .	229
Sozialpolitik . . . . .	229
Innere Verhältnisse . . . . .	230
Parteiendemokratie . . . . .	230
Bürgerinitiativen und Protestbewegungen . . . . .	231
Die Grünen . . . . .	231
Bundestagswahl 1976 . . . . .	232
Bundestagswahl 1980 . . . . .	232
Terroristen . . . . .	233
„Rote Armee Fraktion“ . . . . .	233
Eskalierende Gewalt . . . . .	234
„Deutscher Herbst“ 1977 . . . . .	235
Deutsch-deutsche Beziehungen . . . . .	237
Weitere deutsch-deutsche Abkommen . . . . .	238
Abgrenzung . . . . .	238
Geraer Forderungen . . . . .	239
Treffen Schmidt-Honecker in der DDR . . . . .	240
Außenpolitik . . . . .	240
Entspannung und Rüstungskontrolle . . . . .	240
SALT I und SALT II . . . . .	241
MBFR . . . . .	242
KSZE . . . . .	242
NATO-Doppelbeschluss . . . . .	243
Helmut Schmidts Initiative . . . . .	244
SPD gegen Stationierung . . . . .	244
Friedensbewegung . . . . .	245
Koalitionswechsel . . . . .	245
DDR – der real existierende Sozialismus . . . . .	246
Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik . . . . .	247
Steigender Lebensstandard . . . . .	248
DDR und Weltwirtschaftskrise . . . . .	249

Führende Rolle der SED .....	249
Militarisierung der Gesellschaft .....	250
Sozialistische Wehrerziehung .....	251
Zwei Staaten – zwei Nationen .....	251
Internationale Anerkennung .....	251
Verschärfte Abgrenzung .....	252
Verfassung von 1974 .....	252
Reisen von Deutschland nach Deutschland .....	253
Anfänge der Destabilisierung .....	255
Formen widerständigen Verhaltens .....	255
Ausreiseanträge .....	255
Regimekritische Künstlerinnen, Künstler und Intellektuelle ..	256
Kirchen im Sozialismus .....	258
Oppositionsbasis Friedensbewegung .....	259

## **Wende in Bonn. Die Ära Kohl**

### **Die DDR bis zur friedlichen Revolution**

<b>1982–1989 .....</b>	<b>261</b>
------------------------	------------

CDU/CSU-FDP-Koalition .....	262
Konstruktives Misstrauensvotum .....	262
Regierung Kohl/Genscher .....	262
Bundestagswahl 1983 .....	263
Neue Parteienkonstellation .....	263
Wirtschaftliche Konsolidierung .....	264
Haushaltssanierung .....	264
Neue Wirtschaftspolitik .....	265
Anhaltendes Wirtschaftswachstum .....	266
Hohe Arbeitslosigkeit .....	266
Kontinuität in der Deutschlandpolitik .....	267
Deutsche Mark für „menschliche Erleichterungen“ .....	267
Honecker in Bonn .....	268
Außen- und Sicherheitspolitik .....	269
Doppelbeschluss: Stationierung .....	269
USA: Politik der Stärke .....	269
Sowjetunion: Alte Herren und neuer Mann .....	270
Gorbatschow: Umbau des Sowjetsystems .....	271
Abrüstung: Null-Lösungen .....	271

Beziehungen zur Sowjetunion: Eiszeit bis Euphorie . . . . .	272
Beziehungen zu den USA: Vertrauensvolle Zusammenarbeit . . . . .	273
Europäische Integration: Fortschritte und Konflikte . . . . .	274
Beziehungen zu Frankreich: Freundschaftliches Sonderverhältnis . . . . .	275
Bundestagswahl 1987 . . . . .	276
SED-Herrschaft in den 1980er-Jahren . . . . .	276
Machtmonopol der SED . . . . .	276
Blockparteien, Massenorganisationen, Überwachungsapparat und NVA . . . . .	277
SED und Perestroika . . . . .	280
Wirtschaftlicher Niedergang . . . . .	281
Verschuldung . . . . .	282
Fehlende Investitionen – Fehlinvestitionen . . . . .	283
Hohe Subventionen . . . . .	284
Verfälschte Statistik . . . . .	288

## **Der Weg zur Einheit**

<b>1989/90 . . . . .</b>	<b>289</b>
Krise des SED-Regimes . . . . .	290
Opposition unter dem Dach der Kirchen . . . . .	290
Rosa Luxemburg-Demonstration . . . . .	291
Kommunalwahl: Fälschungen . . . . .	292
Protestpotenzial . . . . .	293
SED-Führung: Ausreisegenehmigungen . . . . .	293
„Wir wollen raus!“: Massenflucht . . . . .	294
„Wir bleiben hier!“: Massenprotest . . . . .	295
Illusionen: 40. Jahrestag der DDR . . . . .	298
Politbüro: Absetzung Honeckers . . . . .	299
Ende der Diktatur . . . . .	299
Die Mauer fällt . . . . .	299
Regierung Modrow: Rettung der DDR . . . . .	301
Bürgerrechtsbewegung und Runder Tisch: Dritter Weg . . . . .	302
Mehrheit: Deutschland, einig Vaterland . . . . .	303
Bundeskanzler Kohl: Zehn-Punkte-Programm . . . . .	304

Stationen des Einigungsprozesses .....	306
Wahlen zur Volkskammer .....	306
Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion .....	307
Einigungsvertrag .....	308
Deutsche Einheit und internationale Staatenwelt .....	310
USA: Volle Unterstützung .....	311
Großbritannien und Frankreich: Fügen ins Unvermeidliche .....	311
Sowjetunion: Zögernde Zustimmung .....	312
Bündnisfrage: Vereintes Deutschland in der NATO? .....	313
Kohl und Gorbatschow im Juli 1990: Historischer Durchbruch .....	314
Zwei-plus-Vier-Vertrag .....	315
3. Oktober 1990 – Tag der Einheit .....	318
<b>Das vereinte Deutschland .....</b>	<b>321</b>
Wahlen und Regierungen .....	322
Hauptstadt Berlin .....	324
Systemtransfer und „Erblasten“ der DDR .....	326
Wirtschaftliche Folgen der Vereinigung .....	334
Große Erwartungen: Blühende Landschaften .....	334
Treuhand: Verkauf mit Verlust .....	336
Desolate Ausgangslage, Neubeginn, Aufbauleistungen .....	338
Deutschland in Europa .....	340
Maastricht: Europäische Union und Euro .....	341
Außenpolitik des vereinten Deutschlands .....	343
Bundestagswahl 1998 und das Ende der Ära Kohl .....	346
<b>Ära Rot-Grün</b>	
<b>1998–2005 .....</b>	<b>349</b>
Anfänge .....	350
Regierungsbildung .....	350
Rücktritt Lafontaines und Kursbestimmung der Regierung Schröder .....	350
Landtagswahl in Hessen 1999 .....	352

CDU-Spendenaffäre .....	353
Bundestagswahl 2002 .....	355
Außen- und Sicherheitspolitik .....	357
Bundeswehr im Kosovo-Krieg .....	357
Anti-Terror-Krieg .....	358
Vertrauensfrage und Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ....	358
Deutschland und die Vereinten Nationen .....	359
Finanzen, Wirtschaft und Arbeit .....	360
Massenarbeitslosigkeit .....	360
Steuerreform .....	361
Staatsverschuldung .....	362
Hartz I–IV: Reformansatz zur sozialen Sicherung .....	363
Agenda 2010 .....	364
Ökologische Erneuerung .....	365
Erneuerbare Energien .....	365
Gesellschaftspolitik .....	366
Staatsangehörigkeit .....	366
Zuwanderung .....	367
Lebenspartnerschaft .....	370
Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2005 .....	371
Bundestagswahl 2005 .....	372
Sieben Jahre Gerhard Schröder und Rot-Grün .....	374

## **Große Koalition**

<b>2005–2009 .....</b>	<b>375</b>
Regierungsbildung .....	376
Wahlen .....	377
Landtagswahlen in Bayern und Hessen .....	378
Wirtschaft und Arbeit .....	380
Wirtschaft im Aufwind .....	380
Arbeitslosigkeit .....	380
Weltwirtschaftskrise .....	381
Deutschland und Europa .....	383
Weiterentwicklung des europäischen Vertragssystems:	
Amsterdam (1997/99), Nizza (2001/03), Lissabon (2007/09) ...	384
Europa und öffentliche Meinung in Deutschland:	
Europawahl 2009 .....	387

Demografie .....	388
Gründe für sinkende Geburtenzahlen .....	390
Staatliche Maßnahmen .....	391
Vorausrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung .....	393
Demografie als Standortfaktor .....	394
Demografie – Migration – Integration .....	395

## **Die Regierung Merkel II**

<b>(2009–2013) .....</b>	<b>399</b>
--------------------------	------------

Bundestagswahl 2009 und Regierungsneubildung .....	400
Von der „GroKo“ zu Schwarz-Gelb .....	400
Krisen-Koalition in der Krise .....	404
Schwieriger Start der „Wunschkoalition“ .....	404
Euro-Krise: Griechenland und kein Ende .....	409
Außen- und Sicherheitspolitik:	
Von Afghanistan in die „Arabellion“ .....	415
Innere Sicherheit: Die drastische Lehre vom unterschätzten Rechtsterrorismus .....	422
„Energiewende“ im Schatten von Fukushima .....	425
Über Stolpersteine zurück zur Großen Koalition:	
Bundestagswahl 2013 .....	429

<b>Anhang .....</b>	<b>439</b>
---------------------	------------

Internetadressen und Literaturhinweise .....	440
Internet .....	440
Literatur .....	441
Personenregister .....	445



## Vorwort

Horst Pötzsch (1928–2009) hat eine imponierende Leistung vollbracht: Bis kurz vor seinem Tod hat er das vorliegende Buch, das zuerst 1998 erschien, immer wieder aktualisiert und überarbeitet. Der versierte, viele Jahre in der politischen Bildung tätige Autor wusste, worauf es ankommt: Nämlich eine knappe Darstellung der Geschichte der beiden deutschen Staaten und dann des vereinten Deutschland vorzulegen, die für historisch und politisch interessierte Laien verständlich und überschaubar bleibt, ohne indessen Nutzern mit vertieftem Interesse willkürlich verkürzend und über Gebühr vereinfachend zu erscheinen. Ein solches Buch zu schreiben, verlangt vom Autor eine schwierige Balance zu halten zwischen wissenschaftlicher Detailkenntnis (über die Horst Pötzsch angesichts seiner zahlreichen anderen einschlägigen Veröffentlichungen sicher verfügte) und klar strukturiertem, konzentriertem Überblickscharakter. Dass die Kunst des Schreibens dabei insbesondere im Weglassen des Verzichtbaren und der Komprimierung des Unverzichtbaren besteht, versteht sich von selbst. Wenn ein solches Buch aber den Leserinnen und Lesern historische Orientierung verschafft und sie zugleich dazu anregt, mehr und Detaillierteres erfahren zu wollen, nach Differenzierung zu suchen, so hat es seinen Zweck erfüllt. Das ist mehr als manch ein dickleibiges Handbuch vermag, dessen äußeres Gewicht schon so abschreckend wirkt, dass es zur Auseinandersetzung mit dem inneren Gewicht erst gar nicht kommt. Der Autor nimmt naturgemäß die Gefahr in Kauf, die Missbilligung der Experten auf sich zu ziehen, denen vieles fehlt oder zu kurz kommt. Horst Pötzsch hat sich diesem riskanten Unterfangen gestellt, solange er konnte. Der Erfolg seines Buches, das in drei Auflagen weite Verbreitung gefunden hat, zeigt, dass er den richtigen Weg eingeschlagen hat.

Der Verlag hatte den Wunsch, das bewährte Buch nicht nur verfügbar, sondern auch aktuell zu halten. Nach dem Tod von Horst Pötzsch unmittelbar vor Erscheinen der dritten Auflage 2009 war damit zwangsläufig ein Autorenwechsel nötig. Da ein neuer Autor unvermeidlich stets auch seinen eigenen Blick, seine eigenen Akzentsetzungen und seinen persön-

lichen sprachlichen Duktus mitbringt, und da der Verlag ihm den dazu notwendigen Freiraum eingeräumt, die zuständige Lektorin aber auch die erforderliche Geduld aufgebracht hat, ist die vorliegende vierte Auflage mehr als nur die aktualisierte Fortschreibung der vorausgehenden geworden. Da er den gewährten Freiraum weidlich genutzt und die zugestandene Geduld erheblich strapaziert hat, übernimmt der jetzige Autor auch die volle Verantwortung für mögliche Irrtümer und Fehler, die damit die seinen geworden und nicht mehr Horst Pötzsch anzurechnen sind. Sie aufzuspüren, ihre Beseitigung anzumahnen und damit zur Verbesserung der – hoffentlich – fünften Auflage beizutragen, obliegt indes den Leserinnen und Lesern. Und wenn sie aufgespürt und benannt werden, geht der wichtigste Wunsch des neuen Autors in Erfüllung: Dass nämlich das Buch auch weiterhin gelesen wird.

Mein Dank gilt an erster Stelle Christiane Reinelt, der Programmleiterin, die mir nie die Frage „Quo usque tandem ...“ gestellt hat, sondern erfolgreich den operativen Übergang dieses Buchprojektes vom Olzog Verlag in den Lau-Verlag bewerkstelligt hat, wo es nun in der *Edition Olzog* erscheint.

Andreas Kost hat, interessiert im Hintergrund wirkend, seine Hand schirmend über das Unternehmen gehalten, daher sei er in den Dank eingeschlossen. Dass der Autor ein nicht minder großes Maß an Geduld bei Frau und Kindern vorausgesetzt hat, war vermessen. Deshalb ist einer der Betroffenen nicht nur Leidtragender, sondern stellvertretend auch Widmungsträger.

Düsseldorf, im Februar 2015

*Winfried Halder*

# **Besatzungszeit 1945–1949**

## 8. Mai 1945

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Hitler und seine Helfer hatten mit dem von ihnen entfesselten Krieg Deutschland in die schlimmste politische und moralische Katastrophe seiner Geschichte geführt. Der Krieg hatte unermessliches Leid, Tod und Zerstörung über weite Teile Europas gebracht. Eine auch nur halbwegs gesicherte Zahl der Todesopfer ist nicht ermittelbar; geschätzte 55 Millionen Tote waren zu beklagen, davon mindestens 5,5 Millionen Deutsche (vermutlich weitaus mehr) und 50 Millionen Angehörige zahlreicher anderer Völker. Ein Viertel der Toten waren Zivilisten, unter ihnen circa 6 Millionen Menschen jüdischer Herkunft, die mit mehreren Millionen Angehörigen anderer Ethnien dem rassenideologischen Wahn des NS-Regimes zum Opfer gefallen waren.

### Kapitulation

Die deutsche Wehrmacht hatte am 8. Mai 1945 bedingungslos kapituliert. Entgegen landläufigen Meinungen gab es keine Kapitulation des Deutschen Reiches. Ein Staat kann nicht kapitulieren, der Begriff gehört in die militärische Sphäre. Im Ergebnis aber entsprach die Situation Deutschlands am 8. Mai 1945 der einer Armee nach der bedingungslosen Kapitulation. Der deutsche Staat hatte de facto aufgehört zu bestehen, das Land und seine Bewohner waren dem Willen der Sieger unterworfen. Die noch von Hitler eingesetzte, in Flensburg residierende „Reichsregierung“ unter Großadmiral Karl Dönitz – der ein überzeugter Nationalsozialist war – wurde von den Siegermächten nicht anerkannt. Dönitz und seine „Minister“ wurden am 23. Mai 1945 von britischen Truppen verhaftet.

Am 5. Juni 1945 übernahmen die vier Siegermächte mit der „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ („Berliner Erklärung“) förmlich die Regierungsgewalt in Deutschland. Oberstes Organ der Besatzungsherrschaft wurde der Alliierte Kontrollrat, bestehend aus den Militärbefehlshabern der vier Besatzungszonen, in die das bisherige deutsche Staatsgebiet westlich von Oder und Lausitzer Neiße aufgeteilt wurde. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg wurde das gesamte deutsche Territorium von alliierten Truppen besetzt. Die Bildung und Anerkennung einer gesamtdeutschen Regierung war bis auf Weiteres nicht vorgesehen. Ausgangspunkt

für die deutsche Nachkriegsgeschichte sind somit die Vorstellungen, die die alliierten Mächte für die Zeit nach dem Sieg entwickelt hatten.

## Alliierte Deutschlandpläne

Die allgemeinen weltpolitischen Ziele der (westlichen) Alliierten sind schon sehr früh formuliert worden, nämlich in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 (also noch vor dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941). Der britische Premierminister Winston Churchill und US-Präsident Franklin D. Roosevelt verzichteten grundsätzlich auf eine territoriale Vergrößerung ihrer Länder und sicherten zu, dass die Veränderung bestehender Staatsgrenzen nur mit Zustimmung der betroffenen Bevölkerung erfolgen sollte. Alle Völker sollten zudem das Recht haben, ihre Staatsform selbst zu wählen. Den Grundsätzen der Atlantik-Charta stimmten die übrigen verbündeten Mächte später zu, auch – wenngleich mit gewissen Einschränkungen – die Sowjetunion. Sie gingen später in die Charta der Vereinten Nationen ein.

Die Initiatoren der Atlantik-Charta machten jedoch bald unmissverständlich klar, dass diese insbesondere auf Deutschland als Urheber des Krieges keine uneingeschränkte Anwendung finden sollte. Im Januar 1943, am Schluss der Konferenz von Casablanca, forderte Roosevelt (mit Zustimmung Churchills) die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans. Damit sollten die Sieger freie Hand erhalten, den besiegten Kriegsgegnern alle ihnen zu einer dauerhaften Friedenssicherung erforderlich erscheinenden Maßnahmen aufzuerlegen.

## Kriegskonferenzen

Nach der für die Westmächte und die Sowjetunion günstigen Wende im Kriegsverlauf begannen die Verbündeten, erste Überlegungen zu einer gemeinsamen Politik für die Zeit nach dem Krieg anzustellen. Noch während des Krieges fand eine Reihe von Konferenzen statt: nach einer vorbereitenden Konferenz der Außenminister in Moskau (Oktober 1943) die Konferenzen der „Großen Drei“ (Churchill, Roosevelt und der sowjetische Diktator Josef Stalin) in Teheran (November 1943) und in Jalta auf der Krim (Februar 1945).



Potsdamer Konferenz: Stalin, Truman, Churchill (v.l.n.r.)

## Einheit oder Zerstückelung Deutschlands?

Es gab keine Meinungsverschiedenheiten über die Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit Österreichs und der Tschechoslowakei, die 1938/39 von deutschen Truppen besetzt worden waren. Außer Frage stand zudem die vollständige Entmachtung des Nationalsozialismus und des Militarismus in Deutschland. Unterschiedliche und im Zeitablauf wechselnde Meinungen gab es zu der Frage, ob Deutschland als Einheit zu behandeln sei oder in mehrere Einzelstaaten aufgeteilt werden sollte. In Teheran wurde die „Zerstückelung“ (*dismemberment*) Deutschlands beschlossen, ohne dass dies konkretisiert wurde. Diese Formel wurde auch in das Kommuniqué von Jalta übernommen, doch wurde hier zunächst die Aufteilung in vier Besatzungszonen und eine zentrale Verwaltung aller Zonen durch eine Kontrollkommission mit Sitz in Berlin festgelegt.

Während Stalin (wie auch Roosevelt) sich noch in Jalta in besonderem Maße für die Zerstückelung Deutschlands eingesetzt hatte, rückten die

Sowjets schon im März 1945 von dieser Haltung ab und verhinderten, dass das Wort „Zerstückelung“ in die Kapitulationsurkunde aufgenommen wurde. Am 9. Mai 1945, einen Tag nach der Kapitulation, erklärte Stalin: „Die Sowjetunion ... schickt sich nicht an, Deutschland zu zerstücken oder zu vernichten.“

Auch die Sowjetunion verfügte nicht über ein völlig einheitliches besatzungspolitisches Konzept. Von grundsätzlicher Bedeutung war aber der sowjetische Anspruch auf materielle Wiedergutmachungsleistungen für die entstandenen Kriegsschäden (Reparationen). Diese Leistungen sollten nicht nur aus der eigenen Besatzungszone, sondern vielmehr möglichst aus allen Zonen bezogen werden – insbesondere auch aus der wichtigsten deutschen Industrieregion, dem zur britischen Besatzungszone gehörenden Ruhrgebiet. Dazu musste Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt werden. Außerdem mochte die Überlegung eine Rolle spielen, man könne auf die politische Entwicklung eines einheitlichen Deutschlands Einfluss nehmen. Schon im Oktober 1944 war ein von in die Sowjetunion emigrierten Funktionären der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) entworfenes Programm für eine neue Ordnung in Deutschland fertiggestellt worden.

Eine andere strittige Frage, die das Schicksal Deutschlands direkt betraf, war die der künftigen polnischen Grenzen. Großbritannien strebte grundsätzlich eine Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1939 an, bevor das Land von der deutschen Wehrmacht besiegt und zum größten Teil besetzt worden war. Stalin indes wollte die ostpolnischen Gebiete – welche die Rote Armee auf der Grundlage des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 besetzt hatte – dauerhaft der Sowjetunion einverleiben. Dafür sollte Polen im Westen mit deutschem Gebiet entschädigt werden. Dem stimmten die Westmächte in Teheran im Prinzip zu. Die genaue künftige Grenzziehung blieb allerdings einstweilen strittig.

## Potsdamer Konferenz

Die Potsdamer Konferenz der „Großen Drei“, der führenden Staatsmänner der drei Hauptsiegermächte, war die letzte der bedeutenden Kriegskonferenzen und die letzte Zusammenkunft dieser Art vor dem weltpolitischen Umbruch Ende der 1980er-Jahre überhaupt. Für den im April 1945 verstorbenen Roosevelt vertrat der neue Präsident Harry S. Truman

die USA. Churchill wurde noch während der Konferenz durch den neuen Premierminister Clement Attlee abgelöst, da seine Konservative Partei die vorausgehenden Parlamentswahlen in Großbritannien verloren hatte. Einzig Stalin und sein Außenminister Molotow repräsentierten die Kontinuität und konnten geltend machen, dass sie die früheren Absprachen authentisch interpretierten.

Die Ergebnisse der Verhandlungen insgesamt sind erst 1947 vom amerikanischen Außenministerium veröffentlicht worden. Eine auf die europäischen Fragen beschränkte Kurzfassung wurde unmittelbar nach der Konferenz als Abschlusskommuniqué publiziert. Im völkerrechtlichen Sinne handelte es sich dabei nicht um einen zwischenstaatlichen Vertrag, weswegen die häufig verwendete Bezeichnung „Potsdamer Abkommen“ zumindest ungenau ist.

Da längst nicht alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den bisherigen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition ausgeräumt werden konnten, handelt es sich bei den Potsdamer Bestimmungen teilweise um auslegungsbedürftige und -fähige Formelkompromisse. So hatten etwa die demokratisch regierten Westmächte eine ganz andere Vorstellung von der zukünftigen „Demokratisierung“ Deutschlands als der Diktator Stalin. Die Aussagen zur wirtschaftlichen und politischen Einheit waren nicht minder uneindeutig formuliert. Auch so wichtige Fragen wie die der Reparationen und der künftigen polnischen Westgrenze wurden nicht abschließend geklärt. Einigermaßen unumstritten waren die „politischen Grundsätze“ der Behandlung Deutschlands. Sie gehen auf die Vereinbarungen von Jalta zurück und wurden nun präzisiert: Abrüstung und Entmilitarisierung, Auflösung aller nationalsozialistischen Organisationen, Aufbau einer dezentralisierten Verwaltung von der kommunalen bis zur Länderebene, „bis auf weiteres“ aber keine Zentralregierung, schließlich Aburteilung der Kriegsverbrecher und „Entnazifizierung“. In der besatzungspolitischen Praxis sollte sich allerdings schnell zeigen, dass auch hier in den einzelnen Besatzungszonen durchaus unterschiedlich vorgegangen wurde.



## Deutsche Ostgrenze und Reparationen

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten gab es vor allem über

- die bisher deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße und
- die Reparationen.

Zwischen beiden Fragen bestand ein unmittelbarer Zusammenhang. Die Abtrennung eines Viertels des deutschen Staatsgebietes (gemäß der Grenzen von 1937), das zudem bedeutende landwirtschaftliche Überschüsse produzierte und die Ausweisung der Bevölkerung in das verbliebene Rumpfdeutschland mussten die ohnehin angespannte Ernährungslage vor allem in der britischen und auch in der amerikanischen Zone katastrophal verschärfen. Die Sowjetunion verlangte überdies Reparationen aus diesem Gebiet. Wenn die Westmächte nicht gezwungen sein sollten, die fehlenden Nahrungsmittel aus eigenen Vorräten bereitzustellen, mussten die Reparationen zugunsten von Exporten reduziert werden, die für die Bezahlung von Nahrungsmitteln zu verwenden wären, oder die erforderlichen Lebensmittel müssten aus der Sowjetischen Zone kommen.

Schließlich wurde auf der Basis eines durch den amerikanischen Außenminister James F. Byrnes eingebrachten Kompromissvorschlages, den Stalin akzeptierte, eine Einigung erzielt.

Die Sowjetunion hatte schon vor der Konferenz das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße – außer Nord-Ostpreußen mit der Hauptstadt Königsberg, auf das sie selbst Anspruch erhob – polnischer Verwaltung unterstellt und damit vollendete Tatsachen geschaffen. Stalin erklärte, die deutsche Bevölkerung sei geflüchtet, daher seien in diesen Gebieten polnische Behörden eingesetzt worden. Tatsächlich befanden sich noch mehrere Millionen Deutsche jenseits der Oder-Neiße-Linie.

Die Westmächte hatten ursprünglich einer Verschiebung der Grenze allenfalls bis zur erheblich weiter östlich fließenden Glatzer Neiße zustimmen wollen. Nun wurde beschlossen, die „früher deutschen Gebiete“ jenseits von Oder und westlicher Lausitzer Neiße unter polnischer Verwaltung zu belassen. Die endgültige Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und Polen sollte erst in einem zu unbestimmter späterer Zeit abzuschließenden Friedensvertrag erfolgen. Man vereinbarte, vorerst keine „Ausweisungen“ mehr vorzunehmen, spätere sollten in

„ordnungsgemäßer und humaner Weise“ erfolgen (so Artikel XIII der Potsdamer Vereinbarungen). Letztere Bedingungen wurden nicht eingehalten, die Massenvertreibungen, sehr oft mit Gewalttaten und Raub einhergehend, gingen weiter, ohne dass die Westmächte dagegen wirksamen Widerspruch erhoben.

Hinsichtlich des nördlichen Ostpreußen mit Königsberg erklärten die Westmächte, dass sie sich bei der bevorstehenden Friedensregelung für dessen endgültige Übergabe an die Sowjetunion einsetzen würden.

Die Sowjetunion erklärte sich andererseits damit einverstanden, dass jede Besatzungsmacht Reparationen aus ihrer eigenen Zone entnehmen könne. Zusätzlich sollte die Sowjetunion 25 Prozent der in den Westzonen demonitierten Industrieanlagen erhalten, davon 15 Prozent im Austausch gegen Lebensmittel und Rohstoffe. Die Gesamthöhe der Reparationen blieb offen. Dagegen waren in Jalta 20 Milliarden Mark als Reparationen genannt worden, wovon die Sowjetunion 10 Milliarden erhalten sollte, eine nach damaligen Maßstäben gewaltige Summe.

Die Schaffung zweier Reparationsgebiete leitete die Aufteilung Deutschlands in zwei Wirtschaftszonen ein, ungeachtet der in den „wirtschaftlichen Grundsätzen“ des „Potsdamer Abkommens“ niedergelegten Verpflichtung, „Deutschland als einziges wirtschaftliches Ganzes“ zu betrachten.

## **Besatzungspolitik im Vierzonen-Deutschland**

### **Kontrollrat**

Der Alliierte Kontrollrat nahm am 30. August 1945 in Berlin seine Tätigkeit auf. Im Unterschied zur Potsdamer Konferenz war im Kontrollrat auch Frankreich als Siegermacht vertreten, das auch eine eigene Besatzungszone erhalten hatte. Das faktische Ende des Kontrollrates sollte im Frühjahr 1948 eintreten. Zunächst verabschiedete er jedoch zahlreiche Verordnungen und Direktiven im Vollzug von Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, etwa zur Aufhebung von NS-Gesetzen, die in allen vier Besatzungszonen Anwendung finden sollten.

Eine wichtige Entscheidung fiel am 1. Oktober 1946, als der Vertreter Frankreichs im Kontrollrat gegen die vorgesehene Errichtung von deutschen Zentralverwaltungen sein Veto einlegte, das angesichts der gefor-

derten Einstimmigkeit einen Beschluss verhinderte. Im März 1946 einigte sich der Kontrollrat auf einen „Industrieplan“ zur Regelung der Demontagen (d. h. Ab- bzw. Ausbau von Maschinen und technischen Einrichtungen aller Art, die zur Weiterverwendung in die Siegerstaaten transportiert werden sollten) und sonstigen Reparationen, aber schon im Mai 1946 führte die Weigerung der Sowjets, die vereinbarten Rohstoff- und Lebensmittellieferungen in die Westzonen aufzunehmen, zur Einstellung aller Reparationslieferungen aus den Westzonen an die Sowjetunion. Die Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan (das von den USA finanzierte und kontrollierte Wiederaufbauprogramm für Europa) schließlich veranlasste die sowjetischen Vertreter am 20. März 1948 zum Auszug aus dem Kontrollrat, der von da an nicht mehr handlungsfähig war.

Viele wichtige Entscheidungen wurden ohnehin nicht auf der Vier-Mächte-Ebene, also im schwerfälligen Kontrollrat, sondern von jeder Besatzungsmacht in ihrer Besatzungszone getroffen. Die einzelnen Besatzungsmächte verfolgten zum Teil gegensätzliche Interessen und Ziele. Daher verlief die Entwicklung schon in den drei Westzonen unterschiedlich. Eine völlig andere Entwicklung nahm die sowjetische Besatzungszone. Die sich schon 1945 ankündigende Spaltung der Welt in zwei Lager, die bald in den „Kalten Krieg“ mündete, manifestierte sich schon früh und besonders deutlich in der Spaltung Deutschlands.

Der Begriff des „Kalten Krieges“ – der 1947 große Bekanntheit durch ein Buch des amerikanischen Journalisten Walter Lippmann erhielt – meint die Machtkonkurrenz zwischen dem westlichen Staatenverbund unter Führung der USA und dem von der Sowjetunion dominierten „Ostblock“. Dieses Konkurrenzverhältnis trat nach dem gemeinsam erkämpften Sieg über das von beiden Seiten als gefährlich angesehene NS-Deutschland (und Japan) wieder in den Vordergrund der wechselseitigen Beziehungen. Die Bezeichnung „Kalter Krieg“ wird auch als Epochenbezeichnung für die Zeit von 1945/46 bis zum Beginn der 1990er-Jahre verwendet. Westliche Welt und Ostblock standen sich mit grundlegend unterschiedlichen Wirtschafts- und Herrschaftssystemen gegenüber. Kapitalistische Marktwirtschaft und pluralistische Demokratie im Westen waren mit sozialistischer Planwirtschaft und kommunistischer Einparteiendiktatur im Osten nicht in Einklang zu bringen. Zeitweilig drohte der mit politischen Mitteln ausgetragene Konflikt in einen „echten“, mit militärischen Mitteln geführten Krieg umzuschla-

gen. Das besetzte Deutschland lag genau an der Scheidelinie zwischen den Parteien des Kalten Krieges und hatte daher in dessen Verlauf stets herausragende Bedeutung.

### Vier Besatzungszonen

Gemäß der Vereinbarungen auf den Kriegskonferenzen wurde das nach Kriegsende vollständig militärisch besetzte bisherige Gebiet des Deutschen Reiches westlich von Oder und Lausitzer Neiße in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Britische und amerikanische Truppen, die in der letzten Kriegsphase Teile des für die Sowjetische Besatzungszone vorgesehenen Gebietes in Mecklenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen besetzt hatten, zogen sich Ende Juni 1945 daraus zurück. Im Gegenzug erhielten die westlichen Hauptsiegermächte je einen „Sektor“ der zunächst allein von der sowjetischen Armee eroberten und besetzten bisherigen Reichshauptstadt Berlin. Damit war der bis 1990 aufrechterhaltene Vier-Mächte-Status Berlins begründet. Frankreich, das erst nach seiner Befreiung von der deutschen Besetzung durch alliierte Truppen seit Juni 1944 wieder verstärkt in das Kriegsgeschehen hatte eingreifen können, erhielt eine eigene Besatzungszone im Südwesten Deutschlands. Da diese in den Planungen der Kriegskonferenzen nicht vorgesehen war, wurde sie aus Teilen der amerikanischen und der britischen Zone gebildet.

Die Sowjetunion ging unverzüglich daran, die politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung ihrer Zone im Sinne der kommunistischen Ideologie umzugestalten (siehe S. 59). Vorläufig ging sie dabei jedoch zurückhaltend vor, um es nicht zu einem sofortigen vollständigen Bruch mit den westlichen Besatzungsmächten kommen zu lassen und die Option zu wahren, auch Einfluss auf die Entwicklung in deren Zonen auszuüben. Konkret strebte sie neben dem Anteil an den Reparationen aus den Westzonen eine Beteiligung an der Kontrolle des Ruhrgebietes an, dessen wirtschaftliche Bedeutung für das besetzte Deutschland überragend war, nicht zuletzt weil das östlich der Oder-Neiße-Linie gelegene oberschlesische Industrierevier bereits faktisch abgetrennt war.

Unter den Westmächten verfolgte vor allem Frankreich eine eigenwillige, an seinen Sonderinteressen orientierte Deutschlandpolitik. Es kapselte seine Besatzungszone von den anderen ab und trennte das seinerseits wirtschaftlich bedeutsame Saargebiet heraus, um es in sein eigenes

Wirtschafts- und Währungsgebiet einzugliedern. Um seinem Sicherheitsbedürfnis Genüge zu tun, forderte Frankreich eine internationale Kontrolle und Besetzung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, das auf Dauer aus dem deutschen Staatsverband ausgegliedert werden sollte.

Die USA steuerten in ihrer Besatzungspolitik anfangs einen harten Kurs, der durch die Direktive JCS 1067 zum Ausdruck kam – in welcher der amerikanische Generalstab den in Deutschland als Besatzungskräfte stationierten US-Truppen Verhaltensmaßregeln gab. Darin hieß es: „Es muss den Deutschen klargemacht werden, dass Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und das Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und dass sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben. [...] Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat.“

In der besatzungspolitischen Praxis sollte die Direktive allerdings rasch an Bedeutung verlieren; Mitte 1947 wurde sie förmlich ersetzt.

Die sich verschärfende Konfrontation mit der Sowjetunion leitete schon im Frühjahr 1946 einen Wandel der amerikanischen Politik ein. Die neue Politik wurde von dem amerikanischen Außenminister Byrnes in einer aufsehenerregenden Rede am 6. September 1946 in Stuttgart formuliert. Er stellte die Bildung einer zentralen deutschen Verwaltung auf föderativer Basis für die amerikanische Zone in Aussicht, der sich die anderen Zonen anschließen könnten.

Großbritannien verhielt sich am pragmatischsten von allen Besatzungsmächten. Die britische Politik war traditionell darauf gerichtet, das Gleichgewicht der Kräfte auf dem europäischen Kontinent aufrechtzuerhalten. Sie erkannte früher als andere, dass nach der Vernichtung der bisherigen Hegemonialmacht Deutschland die Sowjetunion dieses Vakuum auszufüllen drohte. Großbritannien wandte sich daher entschieden gegen eine Beteiligung der Sowjets an der Kontrolle des Ruhrgebietes. Die Briten erkannten auch sehr früh, dass ohne eine konsequent auf wirtschaftlichen Wiederaufbau zielende Besatzungspolitik die Deutschen auf Dauer zu Kostgängern der Besatzungsmächte werden würden. Dies konnte nicht im Sinne des ohnehin wirtschaftlich katastrophal geschwächten Großbritannien sein.